

Die Friedensbewegung in den evangelischen Kirchen der achtziger Jahre

Mit der Zustimmung des Bundestages zur Stationierung neuer US-Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Ende November 1983 geriet die westdeutsche Friedensbewegung in ihre letale Krise. Das frei gewählte deutsche Parlament bekannte sich mit eindeutiger Mehrheit zur Westintegration der Bundesrepublik und zur Abschreckungsstrategie der NATO. Die von der Friedensbewegung als „soziale Bewegung“ erhoffte Mobilisierung der Gesellschaft – 1981 hatten sich bei der Friedensdemonstration in Bonn noch 250 000 Demonstranten zusammengefunden – kam nicht zu Stande. Der innovative Anspruch der westdeutschen Friedensbewegung fand keinen dauerhaften Widerhall und blieb hinfort auf das violette Milieu der Kirchentage begrenzt. Pazifismus und Antiamerikanismus als die Kernelemente der westlichen Friedensbewegung waren, so wurde im Herbst 1983 deutlich, nicht zukunftsfähig.

Die inhaltliche Krise der Friedensbewegung wurde entscheidend auch mit der

Weiterführung der Brandtschen Entspannungspolitik durch die Regierung Kohl vertieft. Diese verband prinzipielle Härte in den politischen Grundsatzen mit einer so nicht erwarteten Elastizität in den deutschlandpolitischen Alltagsgeschäften. Am 1. Juli 1983, also im unmittelbaren Vorfeld der Zustimmung zum Stationierungsbeschluss durch den Bundestag, wurde – ausgerechnet in München und eingefädelt durch Franz Josef Strauß – der von der Bundesregierung verbürgte Milliar-

angemerkt

denkredit deutscher Banken für die hoch verschuldete DDR vereinbart. Die DDR-Führung bedankte sich für diese Rettung in vorletzter Minute mit einem Entgegenkommen beim Mindestumtausch für Westbürger bei der Einreise in die DDR und durch den teilweisen Abbau der Selbstschussanlagen an der deutsch-deutschen Grenze. Angesichts der Gefahr einer neuen „Eiszeit“ nach dem Stationierungsbeschluss verständigten sich die Regierungen der beiden deutschen Teilstaaten auch sonst erstaunlich rasch und geräuschlos über

eine Form des Krisenmanagements, das wenig mit der Durchsetzung prinzipieller Positionen zu tun hatte, dafür aber sich so lange als praxistauglich erwies, bis die DDR in sich zusammenbrach. Hieran war die westdeutsche Seite zunächst weder interessiert noch gar beteiligt.

Und damit kommen die Entwicklungen innerhalb der „Friedensbewegungen“ jener Jahre in den Blick. Diese vollzogen sich in der DDR und in der dortigen Oppositionsbewegung, deren Bezeichnung als „Friedensbewegung“ doch immer eher eine Camouflage war. Dass die Aktivisten dieser Bewegung das anders sahen und teilweise immer noch sehen, kann am historischen Urteil nichts ändern. Gewiss standen am Anfang beider deutscher „Friedensbewegungen“ friedensethische Überzeugungen von der Art, wie sie zum Beispiel der Ökumenische Rat der Kirchen 1948 in Amsterdam in der berühmten, in der Hauptaussage allerdings auch banalen und in den Einzelbegründungen problematischen Formel „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ festgehalten hatte. Der „Atom pazifismus“, der sich in dieser und vergleich-

baren kirchlich-theologischen Formulierungen niederschlug, hatte gewiss seine eigene, zumindest moralisch nachvollziehbare Logik. Er berücksichtigte allerdings nicht, dass auch nach den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki nicht jeder Krieg ein Atomkrieg sein musste, und er wollte auch nichts von der moralischen Verpflichtung wissen, für die Rechte der anderen, die Menschenrechte also, gegebenenfalls auch unter Androhung von Gewalt auf der Grundlage internationaler Absprachen einzutreten.

Die so genannte „Friedensbewegung“ in der DDR entstand aus dem Widerspruch der Wehrdienstverweigerer nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch das Gesetz vom 24. Januar 1962. Sie nahm dauerhafte Gestalt in den so genannten „Baueinheiten“ an, die durch eine Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 7. September 1964 eingeführt worden waren. Aber war diese „Friedensarbeit“, wie das kirchenintern gern genannt wurde, nicht von Anfang an immer mehr als das persönliche Zeugnis für den Frieden? Ging es nicht immer da, wo für den „Frie-

den“ eingetreten wurde, auch um Protest, Opposition und gar Widerstand gegen die totalitären Zumutungen der SED-Diktatur? Steht also mit dem Thema der staatsunabhängigen „Friedensbewegung“ in der DDR nicht eigentlich die Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR zur Debatte? Gewiss umfasst die Oppositionsgeschichte der DDR mehr als das, was dann vor allem in den achtziger Jahren als „Friedensbewegung“ daherkam und den Sturz der SED-Diktatur ganz wesentlich initiierte. Historisch wirksam geworden sind aber eben nicht der demokratische Widerstand in CDU, SPD und LDPD der SBZ in den Jahren 1945/1946, die studentischen Proteste der frühen fünfziger Jahre und auch nicht der Volksaufstand vom Juni 1953. Politische, systemstürzende Qualität gewannen nur jene Aktivitäten, die sich – nimmt man die gesamtdeutsch orientierte „Friedensarbeit“ der Kirchenleitungen und der Evangelischen Kirche in Deutschland unter Bischof Otto Dibelius hinzu – über vierzig Jahre hinweg um die Chiffre des „Friedens“ organisierten. Hier lässt sich eine historische Kontinuität trotz allen Wechsels der Erschei-

nungsformen, der organisatorischen Plattformen, der inhaltlichen Schwerpunkte und der Führungspersönlichkeiten tatsächlich vom Herbst 1945 bis zum Herbst 1989 aufzeigen.

In den frühen achtziger Jahren gehörten zu den politischen Rahmenbedingungen, innerhalb derer sich die staatsunabhängige „Friedensbewegung“ in der DDR zu organisieren hatte, unter anderem die Mitgliedschaft der DDR im UN-Sicherheitsrat (1980/81), die Entwicklung in Polen bis zum Dezember 1981 (Verhängung des Kriegsrechtes in Polen, Schmidt-Besuch in Güstrow), die Einführung des obligatorischen Wehrunterrichtes in der erweiterten Oberschule, das Friedenstreffen von Schriftstellern und Wissenschaftlern aus Ost und West in Ost-Berlin (Dezember 1981), die DDR-Kampagne „Der Friede muss verteidigt werden, der Frieden muss bewaffnet sein“ (ab März 1982), das neue DDR-Wehrdienst- und Grenzgesetz (März 1982), die Stationierung sowjetischer SS-21-Kurzstreckenraketen in der DDR (Juli 1982), die Einführung der obligatorischen vormilitärischen Ausbildung für DDR-Lehrlinge (September 1982), die Ab-

sage des Honecker-Besuches in der Bundesrepublik (April 1983) und die Prager „Weltversammlung für Frieden und Leben gegen Atomkrieg“ (Juni 1983).

Innerhalb der evangelischen Kirchen in der DDR wurde diese Phase gekennzeichnet vom Beginn der Friedensdekaden mit dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ (1980/81), der Verknüpfung von Menschenrechts- und Friedensfrage, der Initiative „Sozialer Friedensdienst – SoFD“ (Mai 1981), dem „Berliner Appell“ von Robert Havemann und Rainer Eppelmann (1982), dem Beginn der Zentralen Friedensseminare und dem massiven Vorgehen der DDR-Sicherheitsorgane gegen kirchliche Friedensaktivisten.

Eine zentrale Bedeutung kommt in diesen Zusammenhängen dem Lutherjahr 1983 zu. Nach der Erlangung der internationalen Anerkennung und der Beteiligung an der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) sah sich die DDR-Führung vor neue Probleme gestellt. Die kirchlich eingebundene, unabhängige Friedensbewegung entwickelte sich immer stärker auch zur Bewegung für Menschenrechte und Ökologie.

Die Hochrüstungspolitik der Großmächte engte den außenpolitischen Handlungsspielraum der SED-Führung zunehmend ein. Die wirtschaftliche Lage der DDR, insbesondere die Auslandsverschuldung des SED-Regimes, verschlechterte sich dramatisch. Die Inszenierung der staatlichen Lutherfeiern zum 500. Geburtstag des Reformators sollte in dieser Situation die Selbstlegitimierung der SED-Führung vor der eigenen Bevölkerung gegenüber der Bundesrepublik, der internationalen Öffentlichkeit und vor der deutschen Geschichte verbessern. Die evangelischen Kirchen in der DDR ließen sich in diesen Prozess einbinden, ohne auf eigene Positionen zu verzichten. Die Veranstaltung von fünf regionalen Kirchentagen im Lutherjahr sollte vordergründig der Popularisierung des Lebens und Wirkens des Reformators dienen und konnte deshalb von den SED-Machhabern nicht verhindert werden. Bereits im Vorfeld wurde jedoch der SED-Führung und dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), aber auch den Kirchen klar, dass diese Kirchentage auch der sich ständig weiter emanzipierenden Opposition eine her-

vorrangende Organisationsbasis bieten würden.

Die Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR haben die sich 1982/83 herausbildende Situation sehr viel klarer erkannt als alle westlichen Kommentatoren, DDR-Forscher und Kirchenvertreter. Sie schrieben in ihren geheimen Papieren in aller Deutlichkeit auf, was sich auch die Hauptakteure der staatsunabhängigen „Friedensbewegung“ in der DDR nicht einzugestehen wagten und wovon die DDR-Kirchenoberen erst recht nichts wissen wollten.

Folgende Zitate stammen aus zwei typischen MfS-Dokumenten. Am 22. November 1982 wird eine „Information über Zusammenkünfte von Vertretern so genannter Friedensorganisationen nichtsozialistischer Staaten und Westberlins mit reaktionären kirchlichen und anderen feindlich-negativen Kräften aus der DDR in der Hauptstadt der DDR, Berlin“ niedergeschrieben. Der barocke Titel signalisiert Ungeheuerlichkeiten: Pfarrer Rainer Eppelmann empfing im Oktober und November 1982 bei „Geheimtreffen“ in der Hauptstadt der DDR Vertreter der „Deutschen Friedensgesellschaft/Internationale der

Kriegsdienstgegner“, der „Friedenskreise“ der ESG München, der Ortsorganisation Kaufbeuren der Grünen, der „Friedens- und Schiedsgerichtsvereinigung Stockholm“, des dortigen „Friedensbüros“, des Interkirchlichen Friedensrates der Niederlande, der Kopenhagener Initiativen „Nein zu Atomwaffen“ und „Nie wieder Krieg“ der Bewegung „Walk to Moscow“ aus Großbritannien und der Initiative „Friedensmarsch Seattle–Moskau“ aus den USA sowie der „Alternativen Liste – Arbeitsgruppe Berlin und Deutschlandpolitik“. Die Treffen dieses bunten Haufens wurden möglich „auf der Grundlage bestehender stabiler Verbindungen und Kontakte unter anderem zwischen Eppelmann und dem hinlänglich bekannten ehemaligen DDR-Bürger Fuchs/Westberlin“. Das MfS analysierte den Sinn und Zweck solcher Treffen mit brutaler Offenheit: „Inhalt und Verlauf der Zusammenkünfte machten die Zielsetzung dieser Kräfte deutlich, unter dem Deckmantel des Kampfes für Frieden und Abrüstung Aktivitäten gegen den realen Sozialismus zu organisieren und im Sinne einer sogenannten blockübergreifenden Friedensbewegung unter Ein-

beziehung von ‚unabhängigen Friedensbewegungen‘ in der DDR, der CSSR, der Ungarischen VR und der VR Polen („Solidarność“) bestimmte Organisationsstrukturen („Basisgruppen“) zu schaffen.“

Zum gleichen Zusammenhang heißt es ein knappes Jahr später in einer „Information über die am 30. September 1983 in der Erlöserkirche in Berlin-Lichtenberg durchgeführten ‚Blues-Messe‘“ (3. Oktober 1983): „Nach Auffassung reaktionärer kirchlicher Kräfte (insbesondere der hinreichend bekannten Pfarrer Eppelmann (Berlin) und Wonneberger (Dresden) auf der Zusammenkunft am 7. November 1982) sei Voraussetzung für den Aufbau einer ‚blockübergreifenden‘ Friedensbewegung die Entwicklung von Kontakten ‚zwischen den Menschen in Europa in ganzer Breite‘, wozu die Anerkennung der ‚unabhängigen Friedensbewegung‘ in der DDR durch den Staat eine wichtige Maßnahme sei. Sie forderten deshalb die westlichen ‚Friedensorganisationen‘ auf, ihre Kontakte zu staatlichen Organen und Einrichtungen in der DDR immer wieder zu nutzen, um die ‚unabhängige Friedensbewegung‘ der DDR

ständig ins Gespräch zu bringen und deren Einbeziehung in Verhandlungen und andere Aktivitäten zu fordern. Außerdem sollten ‚exponierte‘ Vertreter dieser Bewegung von möglichst profilierten Persönlichkeiten des westlichen Auslands zu Aktionen der westlichen Friedensbewegung eingeladen werden. Vorliegenden Informationen zufolge geht es diesen Kräften darum, im Rahmen ihres gemeinsamen subversiven Vorgehens langfristig darauf hinzuwirken, die ‚Anerkennung der unabhängigen Friedensbewegung durch den Staat‘ durchzusetzen, deren Ziele unter anderem nach Äußerungen Eppelmanns nicht mit den derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR übereinstimmen und deshalb ‚diese Gesellschaft, so wie sie ist, nicht erhalten bleiben darf.“

Die staatsunabhängige „Friedensbewegung“ in der DDR war spätestens gegen Ende des Lutherjahres 1983 endgültig auf dem Wege zur politischen Opposition unter den Bedingungen eines totalitären Staates. In einer zwölfseitigen „Information“ vom 18. November 1983 (mit zwei Anhängen) beschreibt das MfS bis in die

Einzelheiten präzise die Szene und die *dramatis personae*, die für den weiteren Weg der „Friedensbewegung“ als Oppositionsbewegung konstitutiv werden sollten.

Erstens: Festgestellt wird „das Bemühen kirchenleitender Gremien und Personen, an der Linie festzuhalten, die am 6. März 1978 zwischen dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Erich Honecker, und dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vereinbart worden war“.

Zweitens: Zwiespältig sind die Eindrücke der MfS-Genossen zur Öffentlichkeitswirksamkeit der Aktionen der „Friedensbewegung“. So wird Veranstaltungen der „Friedensdekade“ eine „relativ breite Resonanz bei gläubigen Bürgern und anderweitigen Interessenten“ zugesprochen, auch sei „der Anteil jugendlicher Personen beträchtlich“, womit sich „die Tendenz des Zulaufs zu kirchlichen Veranstaltungen“ fortsetze. Vor allem von Veranstaltungen in der Provinz heißt es hingegen immer wieder: „Die Öffentlichkeitswirksamkeit war gering.“

Drittens: Aufmerksam werden die „prominenten Gäste“ aus dem Westen (unter anderen Heinrich Albertz, Walter Jens) registriert, denen attestiert wird: „Angriffe gegen die DDR gab es von diesen Personen nicht.“

Viertens: Ein vergleichsweise neues Element bei den Aktionen der „Friedensbewegung“ ist die Einbeziehung von „Schriftstellern und anderen künstlerisch tätigen Personen“. Genannt werden Stefan Heym, Günter de Bruyn, Rolf Schneider, Hanns Gibulka, Barbara Thalheim und Jurek Becker. Vor allem bei Heym, Schneider und Becker mussten „negative Aussagen“ verzeichnet werden. Neben diesen Künstlern wurden auch „die ‚Hansi-Biebel-Band‘/Berlin sowie kirchliche Liedermacher, Musikgruppen und Theatergruppen wirksam, deren Auftritte ebenfalls zum Teil negativen Inhalts waren“.

Fünftens: „Seitens der katholischen Berliner Bischofskonferenz war festgelegt worden, dass die katholische Kirche in der DDR sich offiziell nicht an der ‚Friedensdekade‘ der evangelischen Kirchen beteiligt. Diese Festlegung wurde eingehalten.“

Sechstens: Mit Sorge stellen die MfS-Beobachter fest,

dass bei den Friedensveranstaltungen immer wieder „teilweise massive Angriffe gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung“ unternommen werden. Es muss mit einer „im Ergebnis permanenter negativer Beeinflussung entstandenen ablehnenden Haltung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR bei einem bestimmten Personenkreis“ gerechnet werden.

Siebtens: Ebenfalls mit Sorge wird beobachtet, dass die „Friedensbewegung“ in der DDR die Übernahme von Methoden des ‚gewaltfreien Widerstandes‘ westlicher Friedensbewegungen mit der Zielstellung einer hohen Öffentlichkeitswirksamkeit“ erprobt. Völlig neu sind für das MfS die „so genannten Kerzenaktionen“, die in einer eigenen Anlage zur „Information“ aufgelistet werden.

Achtens: Die Verbreiterung der Opposition wird deutlich, wenn von einer Veranstaltung „Frauen für den Frieden“ mit „350 Teilnehmern, überwiegend Frauen im Alter bis zu 35 Jahren“ berichtet wird.

Neuntens: Mit einer unüberhörbaren Erleichterung notiert hingegen das MfS: „Punker und Homosexuelle wur-

den nicht mit eigenen Aktivitäten festgestellt.“

Zehntens: Eine besonders heikle Form der Opposition stellten Aktionen an jüdischen Gedenkorten dar. In Potsdam hatten am 9. November 1983 „bis zu zirka achtzehn Personen“ mit Kerzen am Platz der zerstörten Synagoge gebetet: „Die Ansammlung wurde von der VP aufgelöst.“ Zu ähnlichen Vorkommnissen kam es in Leipzig, wo „mehrere kleine Gruppen“ mit Kerzen an die faschistischen Jugendpogrome“ (handschriftlich verbessert in „Judenpogrome“) erinnerten: „Durch Einsatz von Kräften der Deutschen Volkspolizei erfolgte die Auflösung der Versammlung.“ Vorher erfolgte die „Personalienfeststellung“ aller Beteiligten. Auch aus Rostock wird von einer Ehrenwache am VdN-Ehrenmal berichtet, dort verzichtete die Volkspolizei allerdings auf einen Zugriff.

Elftens: „Bei der Auflösung der Personenansammlung am 12. November 1983 auf dem Leipziger Markt“, so berichtet das MfS, „wurde der Korrespondent der *Frankfurter Rundschau*, Baum, bei dieser Gruppierung festgestellt.“ Auch diese Notiz verdient Beachtung: Die An-

wesenheit des West-Journalisten Karl-Heinz Baum – und einiger anderer seiner Kollegen – sicherte der staatsunabhängigen „Friedensbewegung“ in der DDR Öffentlichkeit auch über die DDR-Grenzen hinweg und damit auch wieder in die DDR hinein.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Vom Beginn der achtziger Jahre an können die beiden deutschen Friedensbewegungen nicht mehr zusammenfassend betrachtet werden. Gemeinsam war ihnen zu diesem Zeitpunkt nur noch die Anbindung an die kirchlichen Milieus. Während die westdeutsche Friedensbewegung mit dem Stationierungsbeschluss vom November 1983 ihre eigentliche Aufgabe und damit auch ihre Resonanz in der Gesellschaft verlor, verknüpfte die unabhängige „Friedensbewegung“ in der DDR die Friedensfrage immer stärker mit der Menschenrechtsfrage und wurde dadurch immer mehr zur Oppositionsbewegung im SED-Staat. Es kann deshalb auch nicht verwundern, wenn sich die beiden Friedensbewegungen gegenseitig nur noch sehr partiell wahrnahmen. Der Staatssicherheitsdienst der

DDR hat diese Entwicklungen richtig erkannt. Die unabhängige „Friedensbewegung“ in der DDR begann damals mit den Vorbereitungen zu „massiven Angriffen gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung“. Im Herbst 1989 führte dieser Angriff zum Erfolg. Vor nun bereits mehr als zehn Jahren forderte die Synode des BEK „demokratische Parteilichkeit“, ein neues Wahlverfahren, Reisefreiheit, das Demonstrationsrecht und eine „verantwortliche, pluralistische Medienpolitik“ ein. Ziel müsse eine „sozialgerechte, demokratische, nach innen und außen friedensfähige und ökologisch verträgliche Gesellschaft“ sein. Propst Heino Falcke/Erfurt wandte sich zur gleichen Zeit allerdings noch gegen das Reden von einer Wiedervereinigung. Das müsse als bedrohlicher Angriff auf die Eigenstaatlichkeit der DDR verstanden werden. Und Pfarrer Friedrich Schorlemmer/Wittenberg forderte einen gesamtgesellschaftlichen Dialog über den künftigen Weg der DDR als einer sozialistischen Alternative zur kapitalistischen Bundesrepublik. Aber das ist schon eine andere Geschichte!

Peter Maser